

Krieg in der Ukraine - die Herausforderungen für die Integrationspolitik der Stadt Wien

23. 5. 2022, Arkadenhof des Rathauses

In seinen Begrüßungsworten meint Vizebürgermeister Stadtrat **Christoph Wiederkehr**, dass Flüchtlinge neben dem Schutz auch eine Perspektive brauchen und er sich eine sachliche Debatte beim Thema Integration wünscht. Derzeit gehen etwa 3000 Kinder aus der Ukraine in Wiener Schulen, im Herbst könnten es 7000 sein.

Migrationsforscherin **Judith Kohlenberger** präsentiert das Statement des Integrationsrates¹. Derzeit erleben wir die sich am schnellsten ausbreitende Fluchtbewegung, die es jemals in Europa gegeben hat. Etwa 65 000 Menschen aus der Ukraine kamen nach Österreich, ein Drittel davon nach Wien. Unter den Flüchtlingen herrsche große Unsicherheit, die meisten wollen wieder zurück, aber derzeit sagen etwa 90% dass sie die Lage im Gastland abwarten wollen.

Vier Entwicklungen seien möglich:

- Baldige Rückkehr
- Dauerhafte Niederlassung
- Weiterwanderung aus anderen Ländern wie Polen, Moldawien, wenn dort die Aufnahmekapazitäten erschöpft sind
- Nachzug von bisher in der Ukraine verbliebenen Menschen je nach Kriegsentwicklung (z.B. Männer die jetzt noch im Kampf eingesetzt sind oder ältere Menschen)

Unter den Flüchtlingen sind 50% Minderjährige, 88% Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung.

21 400 Personen sind in Wien gemeldet, die meisten sind privat untergebracht. Etwa die Hälfte der Frauen sind Akademikerinnen und sie sollten nicht als Reinigungskräfte eingesetzt werden.

Aus Erfahrung wisse man, dass Menschen, die später fliehen eher niedriger qualifiziert sind.

Folgende Themen müssen behandelt werden:

- Formale Anerkennung der Ausbildung
- Kinderbetreuung
- Pflegebedarf der Senioren und der Menschen mit Behinderung
- Unterkunft, wie sieht es damit langfristig aus
- Der temporäre Schutz gilt maximal drei Jahre
- Anhebung der Sozialleistungen, Gewaltschutz, psychosoziale Unterstützung

Ein Wiener Flüchtlingskoordinator wäre wünschenswert und die Flüchtlinge sollten in die Entscheidungen eingebunden werden.

Die Maßnahmen sollten drei Ziele verfolgen :

- Die Aufnahmekapazitäten sollten erweitert und die Qualität der Versorgung verbessert werden,
- es sollte alles getan werden um einen sicheren Aufenthalt gewährleisten zu können,
- es sollten aber auch alle Maßnahmen für eine Hilfestellung bei der Rückkehr getroffen werden.

An der **Podiumsdiskussion** nehmen der Botschafter der Ukraine in Österreich Vasyl Khymynets, der Integrationsexperte Kenan Güngör, die ehem. AHS Direktorin Heidi Schrodtr von der Initiative Bildung Grenzenlos, Susanne Winkler vom Fond Soziales Wien und die zu Beginn des Krieges geflohene Ukrainerin Alica Khokhulya von der Plattform Drusi & Haberer teil.

Der Botschafter weist auf die schwierige Situation seines Landes hin und bedankt sich für die gute Aufnahme und Behandlung der Flüchtlinge in Österreich. Es gebe noch Schwierigkeiten, z. B. beim Nachweis der sprachlichen Kompetenzen. Er wünscht sich, dass die gesamte Organisation an einer Stelle stattfinden könne und dass den Menschen, die hier arbeiten wollen, diese Möglichkeit rasch gegeben werde.

¹ https://integrationsrat.wien.gv.at/zweites_statement

Da man nicht wisse, wie lange die Menschen hier bleiben werden, hält **Güngör** die Einrichtung von Deutschkursen die man zunächst absolvieren müsste um in den Arbeitsprozess einsteigen zu können nicht für zielführend. Die Lücke zwischen Erstaufnahme und Erteilung der Arbeitsgenehmigung müsse geschlossen werden. Das Deutschlernen sollte parallel zur Arbeit erfolgen.

Winklers Organisation ist für die Grundversorgung zuständig. Diese erhalten derzeit 18 000 Personen, die Höhe beträgt 735 € . Sehr wichtig ist die Krankenversicherung. Es wurden fünf Notquartiere eingerichtet.

Khokhulya sorgt sich um die Kinderbetreuung im Sommer. Mit der Anmeldung funktioniere es nicht. Man sollte auch Kindergärtnerinnen aus der Ukraine einsetzen.

Schrodt verweist auf die grundsätzlichen Probleme des österreichischen Schulsystems, das nicht alle Kriterien erfülle um eine problemlose Aufnahme von Flüchtlingskindern zu gewährleisten. In Österreich gebe es sehr wenig Unterstützungspersonal. Man sollte auch nicht spezifisch ausgebildetes Personal einsetzen und unbürokratisch agieren. Für Distance Learning müssten Räume geschaffen werden, in den Gymnasien gebe es Platz dafür. Deutschförderklassen seien grundsätzlich problematisch, für die Kinder aus Ukraine eigneten sie sich gar nicht.

Auch **Wiederkehr** sieht die Bürokratie als großes Problem. So habe das Ministerium zunächst nicht erlaubt, dass Lehrkräfte angestellt werden. Das ist jetzt möglich. Zusätzlich wurden 100 Personen eingestellt. Die Matura nach ukrainischem Recht ist möglich. Es werde eine Möglichkeit für ukrainische Mütter geben, Urlaub zu nehmen. Die Stadt werde sich finanziell beteiligen. Ab acht Kindern müsste ein Deutschförderklasse eingerichtet werden, die mit 18:1 vom Bund finanziert wird. Viele Gymnasien weigern sich deshalb mehr als sieben Kinder aufzunehmen. Im Herbst werde man vermutlich 100 zusätzliche Klassen brauchen.

Beiträge aus dem **Publikum** und Reaktionen:

Es sollten vermehrt ukrainische Studierende zur Unterstützung eingesetzt werden.

Im Sommer sollten zweisprachige Integrationscamps eingerichtet werden.

Die Information muss verbessert werden.

Ein ukrainischer **Pfarrer** spricht das Problem der Finanzierung von Begräbnissen und den Umgang mit autistischen Kindern an.

Winkler sagt einen Ausbau von Beratungsstellen zu.

Der **Botschafter** schlägt vor, ukrainischen Vereinen und Organisationen zu ermöglichen Veranstaltungen zu organisieren. Distance Learning funktioniere sehr gut und soll beibehalten werden. Vieles werde schon jetzt privat organisiert.

Wiederkehr verspricht sich mit den Vorschlägen die sein Ressort betreffen zu befassen und zu schauen was möglich sei.